

**Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 16/1056**

*Finanzministerium
des Landes
Schleswig-Holstein*

Finanzministerium | Postfach 71 27 | 24171 Kiel

An den
Vorsitzenden des Finanzausschusses
des Schleswig-Holsteinischen Landtages
Herrn Günter Neugebauer, MdL
Landeshaus
24105 Kiel

Staatssekretär

Nachrichtlich:
Herrn
Präsidenten
des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein
Dr. Aloys Altmann
Hopfenstraße 30
24103 Kiel

11 . August 2006

**Gemeinsame Sitzung des Finanzausschusses (38. Sitzung) mit dem
Haushaltsausschuss der Hamburgischen Bürgerschaft am 22.08.2006
TOP 3.5 PERMIS, Personalmanagement- und Informationssystem**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

der Finanzausschuss hat in seiner 36. Sitzung zu TOP 10 „Information / Kenntnisnahme“ beschlossen, die Vorlage des Finanzministeriums zum Personalmanagement und Informationssystem PERMIS, Umdruck 16/768, zum Gegenstand der gemeinsamen Sitzung mit dem Haushaltsausschuss der Hamburgischen Bürgerschaft am 22.08.2006 zu machen.

Mit Schreiben vom 05.07.2006 hat der LRH (Umdruck 16/1006) - nach ergänzenden örtlichen Erhebungen - Ihnen seine Auffassung mitgeteilt.

Der Ihnen mit o.g. Umdruck mitgeteilte Sachstand hat sich in folgenden Punkten weiterentwickelt:

Zeitwirtschaft, Fortbildung und Travelmanagement:

Aufgrund des sehr großen Umfangs des Projektes wurde mit der Freien und Hansestadt Hamburg (FHH) Einvernehmen erzielt, sich vordringlich auf die wesentlichen Themen des Projektes (z.B. Personalverwaltung und Bezügeberechnung) zu konzentrieren. Es wurde vereinbart, auf die o.g. Teilprojekte nicht zu verzichten, sie aber im Rahmen der laufenden Untersuchung zurück zu stellen. Die weitere Bearbeitung soll parallel außerhalb des

Projekts erfolgen. Für die Themen Zeitwirtschaft und Travelmanagement wurden in SH bereits Vorarbeiten geleistet. Die erzielten Ergebnisse werden in die weiteren Untersuchungen einbezogen.

Anforderungskatalog IT:

Der Anforderungskatalog ist fertig gestellt worden. Zurzeit wird an der Bewertung von Software-Lösungen auf Basis des Anforderungskataloges gearbeitet.

Bewertung von IT-Lösungen in den Ländern:

Die in dem o.g. Umdruck vorgenommene vorläufige Bewertung zu den IT-Lösungen in den Ländern Niedersachsen, Hessen und Bayern hat sich in der endgültigen Bewertung bestätigt. Das Projekt hat sich ergänzend hierzu bei der Berliner Verkehrsgesellschaft (BVG) über den aktuellen Stand der dort eingesetzten IT-Lösungen informiert. Die BVG setzt das Software-Produkt IPW (Integrierte Personalwirtschaft) für die Personalverwaltung und PAISY für die Bezügeberechnung ein. Beide Verfahren sind voll integriert. IPW dient als Benutzeroberfläche.

Auch diese Lösung wird im Projekt weiter betrachtet und bewertet.

Projektplan

Dem Finanzausschuss wurde mit dem o. g. Umdruck ein Projektplan vorgelegt, der vorsah, dass das Projekt im September 2006 endet. Das Projekt befindet sich gut 6 Wochen hinter der Planung. Der Abschlussbericht wird nunmehr spätestens im Dezember den Auftraggebern vorgelegt. Eine weitere Terminverschiebung ist nicht vorgesehen.

Zu der vom LRH mit o.g. Schreiben geäußerten Auffassung nehme ich wie folgt Stellung: Hinsichtlich der Aufforderung, mögliche Veränderungen in der Aufbau- und Ablauforganisation des Landesbesoldungsamtes SH (LBesA) und der Personaldienststellen aufzuzeigen, hat das Finanzministerium zwar im Rahmen der Aufgabenkritik organisatorische Veränderungen vorgeschlagen, jedoch entschieden, die Ergebnisse des Kooperationsprojektes, das auch gemeinsame organisatorische Lösungen prüft, abzuwarten.

Die Projektarbeit „Kooperation Personaldienste FHH/SH“ wird auch nach der Vorlage des Abschlussberichtes mit der gleichen Intensität weiterzuführen sein, um Vorteile einer Kooperation nutzen zu können. Ein Umsetzungsprojekt wird allerdings einen hohen finanziellen und personellen Aufwand erfordern. Nach vorsichtigen ersten Schätzungen wird mit einem finanziellen Aufwand in Höhe von 20 Mio. €, verteilt auf fünf Jahre, sowie mit einem personellen Aufwand von ca. 20 Vollzeitkräften für mindestens fünf Jahre gerechnet.

Im Kapitel 1103 (Informations- und Kommunikationstechnologien für E-Government) sind für die IT-Maßnahme 2006050066 (Personalmanagement Kooperation SH/FHH) folgende Haushaltsmittel veranschlagt:

Haushaltsjahr 2007: 1.000 T€

Haushaltsjahr 2008: 2.000 T€

Die erforderlichen Haushaltsmittel werden Maßnahme bezogen und entsprechend dem Umsetzungsstand zugewiesen. Die Deckung der Bedarfe im IT-Budget des Kapitels 1103 wird durch das Finanzministerium sichergestellt. Die Landesregierung wird das notwendige Personal bereitstellen.

Das Ministerium für Bildung und Frauen ist durch einen Mitarbeiter in der Projektgruppe vertreten. Die speziellen Anforderungen der Personalverwaltung Lehrkräfte werden im Projekt berücksichtigt.

Hinsichtlich der Einbindung der Kommunalen Landesverbände ist auszuführen, dass ein Vertreter der Versorgungsausgleichskasse (VAK) Mitglied der Projektgruppe und der Arbeitsgruppe IT ist. Darüber hinaus sind Vertreter der kommunalen Landesverbände – sowie von VAK und des Kommunales Forum für Informationstechnik e. V. (KomFIT) – in einem ersten Gespräch im Finanzministerium am 19.7.2006 über das Projekt informiert worden.

Das Angebot der GMSH, die Personalabrechnung und –verwaltung zu übernehmen, wird durch das Finanzministerium in die Überlegungen einbezogen.

Mit freundlichen Grüßen

Gez.
Klaus Schlie